

Pressekonferenz: Waldnaturschutz im Hessischen Staatswald

Negative Folgen für Klimaschutz und Zukunft des Waldes

Mit einer Pressekonferenz hat der Landesbeirat Holz Hessen eine wissenschaftliche Analyse der im Juni durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erlassenen ‚Naturschutzleitlinie für den Hessischen Staatswald‘ vorgestellt. Die von zwei renommierten Wissenschaftlern erarbeitete Studie kommt zu dem Ergebnis, dass durch die Leitlinie negative Folgen für Klimaschutz, Waldumbau, Biodiversität, regionale Wirtschaft und Holzverwendung drohen und sie aufgrund fachlich einseitiger Perspektiven und unberücksichtigter Wechselwirkungen abzulehnen ist.

Trotz lauter Kritik und weitreichender Bedenken hat das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Juni letzten Jahres die ‚Naturschutzleitlinie 2022 für den hessischen Staatswald‘ verabschiedet und damit einen Paradigmenwechsel gegenüber dem bisherigen Auftrag der Naturschutz- und Waldgesetze auf Bundes- und Länderebene vollzogen. Künftig soll dem Biodiversitätsziel im Zweifel immer Vorrang gegenüber anderen Waldfunktionen einräumt werden. „Bereits die Erarbeitung fand ohne die Beteiligung unmittelbar betroffener Interessengruppen statt. Dass dabei die Stimmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette von der Land- und Forstwirtschaft über die Holzwirtschaft bis hin zu Weiterverarbeitern ignoriert worden sind, zeigt die von Anfang an einseitige Herangehensweise“, erklärt Lars Schmidt, der Vorsitzende des Landesbeirats Holz Hessen. Angesichts der weitreichenden Folgen der mit der Leitlinie verbindlich erlassenen Vorgaben hat der Verband eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben, um die Wirksamkeit der Maßnahmen und Auswirkungen in der Praxis aufzuzeigen.

Leitlinie wegen fachlicher Unausgewogenheit abzulehnen

Die vom ehemaligen Direktor der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt sowie ehemaligen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates Waldpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Prof. Dr. Hermann Spellmann und Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst-Detlef Schulze, Emeritus Direktor am Max-Planck-Institut für Biogeochemie, erarbeitete Untersuchung legt die fachliche Unausgewogenheit der Leitlinie offen, die den vielfältigen Ansprüchen an den Wald nicht gerecht wird und die Herausforderungen durch den Klimawandel unterschätzt. Die Wissenschaftler kommen zu dem Schluss, dass „die Naturschutzleitlinie für den Hessischen Staatswald wegen ihrer fachlichen Unausgewogenheit nicht zukunftsfähig und daher abzulehnen ist.“

Die dortigen Vorgaben erschweren sogar den Arten- und Klimaschutz durch den Landesbetrieb HessenForst, indem die Anpassung der Wälder an den fortschreitenden Klimawandel verhindert und der Beitrag der Holzverwendung zum Klimaschutz durch erhebliche Nutzungseinschränkungen im Wald ausgebremst werden. Zudem wird der ökologische Fußabdruck vergrößert und die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung vermindert.

„Die in der Naturschutzleitlinie für den hessischen Staatswald festgelegten Nutzungseinschränkungen beruhen auf der irrtümlichen Annahme, dass ein sich selbst überlassener Wald und die Akkumulation von stehendem Holzvorrat im Wald mehr zum Klima- und Artenschutz beitrage, als ein nachhaltig genutzter Wald und die Verwendung des heimischen Rohstoffs Holz. Dieser Irrtum muss durch einen wissenschaftlichen Diskurs aufgelöst werden,“ stellt der stellvertretende Vorsitzende des Landesbeirats Holz, Christian Raupach fest. „Mit dieser Naturschutzleitlinie riskiert das Land Hessen weitere Verluste von Wäldern durch extreme Witterungsereignisse, Schädlinge und Waldbrände und wir verlieren wichtige Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Unser prioritäres Ziel muss es sein, den Wald mit allen seinen Funktionen für Umwelt, Gesellschaft und die Wirtschaft zu erhalten.“

Abkehr von einseitiger Naturschutzpolitik für Klimaschutz notwendig

„Angesichts der eindeutigen Ergebnisse der Studie ist nun die Landesregierung gefordert, Konsequenzen zu ziehen. Hessen ist ein bedeutender Standort für die Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland. Im Zuge des Klimawandels birgt der heimische und nachwachsende Rohstoff weitreichende Potenziale, fossile Materialien zu ersetzen und zu einer kreislauforientierten Bioökonomie beizutragen. Wir können es uns nicht leisten, unser heimisches Holz und die wirtschaftlichen Strukturen durch eine einseitige Naturschutzpolitik zu gefährden und das notwendige Holz aus dem Ausland zu importieren. Weitblick und Kompromissbereitschaft sind die Voraussetzungen für zukunftsfähige Entscheidungen für Wald und Holz. Zu diesem Paradigma muss auch Hessen zurückfinden“ betont Schmidt abschließend.

[Die Positionsbestimmung zur ‚Naturschutzleitlinie für den Hessischen Staatswald‘ können Sie hier nachlesen.](#)

Pressekontakt

Deutsche Säge- und Holzindustrie
Julia Möbus
Chausseestraße 99
10115 Berlin
Tel.: +49 30 2061 399-00
Fax: +49 30 2061 399-89
E-Mail: presse@saegeindustrie.de
Internet: www.saegeindustrie.de

Lobbyregister Nummer: R000346

Über die Deutsche Säge- und Holzindustrie

Der Deutsche Säge- und Holzindustrie – Bundesverband e.V. (DeSH) vertritt die Interessen der deutschen Säge- und Holzindustrie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dabei steht der Verband seinen Mitgliedern, darunter mehr als 400 Unternehmen aus ganz Deutschland, in wirtschafts- und branchenpolitischen Angelegenheiten zur Seite und unterstützt die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Verwendung des Rohstoffes Holz. Der Verband tritt in Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft, Politik und Forschung. Bei der Umsetzung ihrer Ziele steht der *Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband* für eine umweltverträgliche und wertschöpfende Nutzung des Werkstoffs und Bioenergieträgers Holz.